

The logo of the Deutscher Bauernverband (DBV) is a green square with a white stylized leaf shape on the left side.

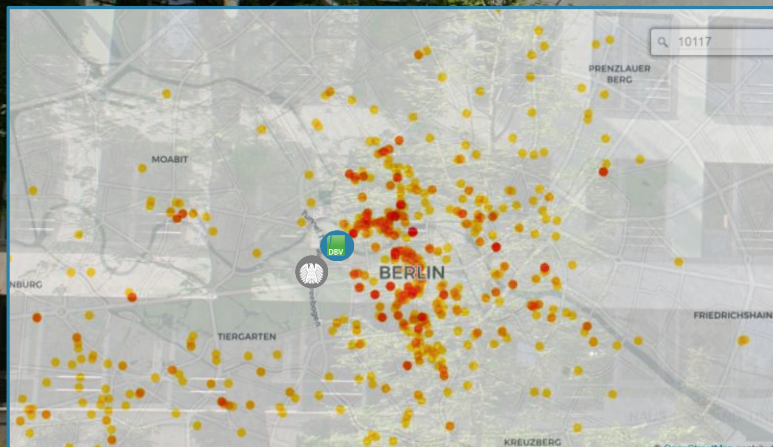
Deutscher
Bauernverband



„Unsere Höfe 2035 – Welche Perspektiven haben die künftigen Betriebsleiter?“

Torsten Krawczyk & Benjamin Walker
BV Biberach-Sigmaringen , 06.02.2026

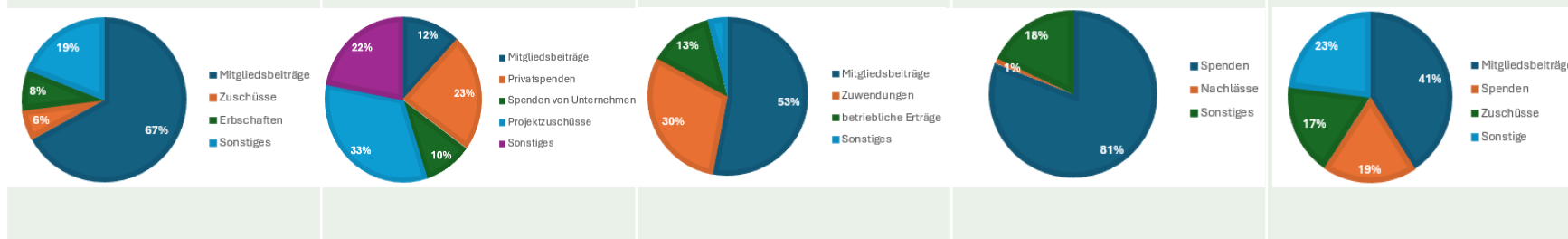




1.214 Vereinigungen konzentrieren sich allein auf das politische Berlin.

Profile ausgewählter NGOs – „Wettbewerb“ der Organisationen

673.988 Mitglieder	535 Mitglieder	275.000 Mitglieder	616.000 Mitglieder	870.000 Mitglieder
45 Mio. € Etat	24 Mio. € Etat	13,7 Mio. € Etat	90,3 Mio. € Etat	87,4 Mio. € Etat
580.000 € für Lobbyarbeit	200.000 € für Lobbyarbeit	5 Mio € für Lobbyarbeit	1,5 Mio € für Lobbyarbeit	2 Mio. € für Lobbyarbeit



5000-6000

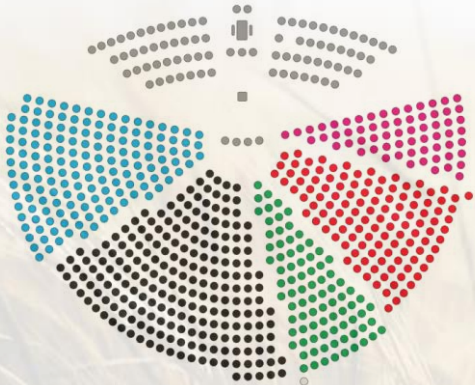
Lobbyisten
arbeiten in Berlin



630 Sitze

Die Sitze verteilen sich wie folgt:

● CDU/CSU	208
● AfD	152
● SPD	120
● Bündnis 90/Die Grünen	85
● Die Linke	64
○ fraktionslos	1



davon sind...

630 Abgeordnete

25 (9)

Grüne Branche

Landwirte &
Agrarökonom*innen



Verbandsarbeit wirkt

- **Bewegtes Jahr 2025 – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.**
- **Schwächelnde Wirtschaft, ein größtenteils noch ausstehender Politikwechsel und die mangelhafte Verlässlichkeit politischer Entscheidungen.**
- **Politikwechsel darf nicht in Vergessenheit geraten**
Agenda für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit unserer Landwirtschaft auf den Weg bringen.
- **Starker Rückhalt für unsere Branche**
Agrardieselrückvergütung, Bürokratieabbau angestoßen, Stoffstrombilanz gestrichen, 90-Tage-Regelung, Fortschritte beim Wolf
- **Gemeinsam Zukunft gestalten**
Netzwerke entstehen
Jahr der Landwirtin

UN-







Agrarministerkonferenz > Vorsitz Bayern	
Wann?	Was?
14.01.-15.01.2026	ACK zur GW, Berlin Nähere Informationen
18.03.-20.03.2026	Frühjahrs-AMK, Würzburg Nähere Informationen
23.09.-25.09.2026	Herbst-AMK, Bad Reichenhall Nähere Informationen
Umweltministerkonferenz > Vorsitz Sachsen	
Wann?	Was?
06.05.-08.05.2026	Frühjahrs-UMK Nähere Informationen
25.11.-27.11.2026	Herbst-UMK Nähere Informationen
Bundesparteitage	
Wann?	Was?
20.02.-21.02.2026	Parteitag der CDU Deutschlands, Stuttgart
11.12.-13.12.2026	BDK von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin
Landtagswahlen	
Wann?	Was?
08.03.2026	Baden-Württemberg
22.03.2026	Rheinland-Pfalz
06.09.2026	Sachsen-Anhalt
20.09.2026	Mecklenburg-Vorpommern
20.09.2026	Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin



11.02.2026
Verbandsrat mit
Bundesminister
Rainer

Grüne Woche 2026 - verlässliche Politik für Agrarwirtschaft und ländliche Räume

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

trotz dieser Erfolge ist uns bewusst, dass wir aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation und der finanziellen Lage des Bundes in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen stehen. Gerade deshalb werden wir 2026 einen klaren Kurs verfolgen: **Priorität haben jene Bereiche, die unsere wirtschaftliche Stärke nachhaltig sichern, die Versorgung gewährleisten und den ländlichen Raum lebendig halten.** Wir stehen für zielgerichtete Investitionen und Investitionsanreize sowie eine Politik, die Mittel dort einsetzt, wo sie den größten Nutzen für Betriebe, Beschäftigte, Umwelt und Regionen entfalten.

Wir werden darauf achten, dass notwendige Zukunftsaufgaben – von der Modernisierung der Landwirtschaft über den Bürokratieabbau bis hin zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung – auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen verlässlich weitergeführt werden. Unser Anspruch bleibt, mit Augenmaß zu entscheiden, Belastungen zu begrenzen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Land- und Ernährungswirtschaft zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen





Albert Stegemann Johannes Steiniger Artur Auernhammer

10-Punkte-Plan des Deutschen Bauernverbandes

1. **Pflanzenschutz:** Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln verbessern, indem Zulassungsverfahren EU-rechtskonform beschleunigt werden, etwa durch Einführen einer Benehmensregelung bei der Beteiligung des Umweltbundesamtes.
2. **Naturschutz:** Förderprogramm zur Umsetzung der Naturwiederherstellungs-Verordnung mit 1,5 bis 2 Mrd. Euro pro Jahr bereitstellen. Entscheidend ist eine Umsetzung auf freiwilliger Basis mit den Landwirten.
3. **Resilienz:** Versorgungssicherheit in die Agenda des Nationalen Sicherheitsrates aufnehmen.
4. **Düngung:** Vereinfachungen im Düngerecht für gewässerschonend wirtschaftende Betriebe – im Sinne der Verursachergerechtigkeit – umsetzen.
5. **Risikovorsorge:** Steuerfreie Gewinnrücklage für land- und forstwirtschaftliche Betriebe einführen.
6. **Steuern:** Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung gesetzlich festschreiben und Steuerbefreiung nicht-fossiler Kraft- und Energiestoffe in Land- und Forstwirtschaft.



10-Punkte-Plan des Deutschen Bauernverbandes

- 7. Stallbau:** Verbindlicher Tierwohlvorrang im Bau- und Immissionsschutzrecht festschreiben, auf EU-Niveau zurückführen, vereinfachtes Ermöglichen von Um- und Neubauten. Langfristige Nutzungsmöglichkeiten ohne Anpassungen für jeden Gesetzgebungsschritt sicherstellen. 
- 8. Tierwohl:** Zugang für alle Betriebe zu einem finanziell angemessen ausgestatteten Förderprogramm für die Weiterentwicklung der Tierhaltung und Tierhaltungskennzeichnungsgesetz umgehend vollumfänglich neugestalten. 
- 9. Saisonarbeit:** Rechtssicherheit bei kurzfristiger Beschäftigung schaffen und Ausweitung der Zeitgrenzen auf 90-Tage bzw. 15-Wochen zügig umsetzen. Arbeitsmarkt für Erntehelfer aus Drittstaaten öffnen sowie Visaverfahren vereinfachen und beschleunigen. 
- 10. Bestandsmanagement:** Unverzögliche Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht mit Regelung für ein Bestandsmanagement, Weideschutzgebiete und zur Problemwolfentnahme – Anerkennen des günstigen Erhaltungszustandes. Auch bei anderen geschützten, aber nicht mehr gefährdeten Arten, wie z. B. Gänse, muss ein Bestandsmanagement erfolgen. 

Aktuelle Prozesse im politischen Raum

- **THKG (Tierhaltungskennzeichnungsgesetz)**
 - Bundestag beschließt Fristverlängerung 01.01.2027, was der DBV begrüßt.
 - Die Verschiebung ist ein klarer Auftrag zur vollumfänglichen Überarbeitung.
 - Entscheidend ist, dass Möglichkeiten des Downgradings und eine verpflichtende Kennzeichnung auch für ausländische Waren geschaffen werden, alle Absatzmärkte müssen dabei in die Betrachtung. Bereits etablierte Systeme müssen integriert werden.
 - Zwingend ist eine Reduktion der Bürokratie, etwa bei den Meldepflichten und der Nutzung bereits erhobener Daten durch die Einbindung etablierter wirtschaftsgetragener Systeme.
- **Umbau der Tierhaltung**
 - Alois Rainer: „Mir ist bewusst, dass es Zeit und Fleiß braucht, um eine Baugenehmigung zu erhalten. Ich möchte, dass Landwirtinnen und Landwirte, die vom auslaufenden Bundesprogramm Umbau der Tierhaltung profitieren wollen, dies auch tun können.“
 - Zukünftig soll der Fokus der Förderung stärker auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) verlagert werden.
 - Ohne finanzielle Unterstützung und rechtliche Erleichterungen kann sich die Weiterentwicklung der Tierhaltung nur im Rahmen des am Markt Möglichen orientieren. Damit wird der Umbau hin zu noch mehr Tierwohl zwangsläufig deutlich langsamer stattfinden.
 - Aussage Tierschutzgesetz

■ Erbschaftssteuer

- Die langfristige Fortführung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe braucht Steuerentlastungen.
- Die Reformbestrebungen bei der Erbschaftsteuer gehen daher in die völlig falsche Richtung, denn sie belasten die Landwirtschaft und greifen in die Substanz der Betriebe ein.

■ Umsatzsteuerpauschalierung → BMF beabsichtigt weitere Absenkung des Pauschalsatzes auf 6,1 %

- Dies liegt an der fehlerhaften Berechnungsmethode, bei der über die Umsatzsteuerstatistik auch nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten einfließen. BMLEH hat nun auch diese Fehler in der Berechnung des Pauschalsatzes erkannt und dazu mit BMF gesprochen - dort sieht man zwar die Fehlerhaftigkeit, will aber nicht den Korrekturvorschlägen des BMLEH folgen und eher dem Bundesrechnungshof folgen.

■ Kappung und Degression – Bundesminister Rainer auf dem Agrarkongress

■ **Einschätzung zum Protokoll der ACK im Thema Düngerecht**

- Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder haben sich auf der ACK in mehreren Tagesordnungspunkten mit den Folgen aus dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil für das Düngerecht beschäftigt. Gemeinsam stellen die Länder fest, dass mit dem Urteil bundesweit die Ermächtigungsgrundlage für eine rechtssichere Ausweisung nitratbelasteter und eutrophierter Gebiete durch die Länder verloren gegangen ist.
- Die Länder fordern den Bund auf, gegenüber der EU-Kommission auf die notwendige Zeit zur Umsetzung des Urteils hinzuwirken. Bis zur Schaffung einer rechtssicheren Düngeregelung bedürfe es Klarstellungen, Auffang- und Übergangsregelungen. Spätestens bis zur Düngeaison 2027 müsse den Ländern von Seiten des Bundes ein schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt werden, wie auch das Thema Monitoring und Verursachergerechtigkeit und die Maßnahmen der DüngeVO praktikabel, kontrollierbar und wirksam ausgestaltet werden. Zur Frühjahrs-AMK 2026 wird der Bund aufgefordert, schriftlich über die Konsequenzen des Urteils und das geplante Vorgehen des Bundes informiert zu werden.
- Auch die Erfahrungen mit der bisherigen Umsetzung der Düngeverordnung und der Ausweisung der Roten Gebiete machen Anpassungen und Vereinfachungen dringend erforderlich. Mit Blick auf die Änderung der Düngeverordnung ist es geboten, nicht nur die Schaffung der Rechtsgrundlage zur Umsetzung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils, sondern in einem Verfahren auch die inhaltlichen Änderungen umzusetzen.
- Zentraler Handlungsbedarf im Düngegesetz ist neben der ersatzlosen Streichung der Ermächtigung für die Stoffstrombilanzverordnung auch die Verankerung von Eckpfeilern für das Thema Verursachergerechtigkeit. Danach müssen bereits im Düngegesetz zentrale Bausteine für Vereinfachungen von den strengen Auflagen in den Roten Gebieten für nachweislich wasserschonend wirtschaftende Betriebe verankert werden.
- Bis zu dem Zeitpunkt einer geänderten Düngeverordnung und dann angepasster Landesdüngeverordnung müssen auf Landesebene die bisherige Ausweisung der Roten Gebiete in Verbindung mit den entsprechenden Auflagen aufgehoben werden. Beigefügt sind die Kernforderungen des Deutschen Bauernverbandes für die anstehende Überarbeitung des Düngerechts.



Zielsetzung

- Aufbau, Mobilisierung und Pflege eines Netzwerks landwirtschaftlich aktiver Jungunternehmer auf Bundesebene.
- Berufsnachwuchs für politische Arbeit begeistern
→ Botschafter im besten Sinne.
- Nahbarkeit zu unserer Arbeit in Berlin und Brüssel.
- Motivation für Ehrenamtsarbeit.

Voraussetzungen und Aufbau des Netzwerks

- ✓ Primär Verbandsmitglied oder Bezug zum Mitgliedsbetrieb
- ✓ Als Orientierung: Teilnahme beim DBVNext bis 40 Jahre
- ✓ Es fallen keine Kosten in Form von Mitgliedsbeiträgen an

- ✓ Plattform: zu Beginn What's-App
- ✓ Erfassung der Daten erfolgt zusammen mit den Landesbauernverbänden
 - Erfassung ab dem 1. Quartal 2025
 - Name, Vorname, Geburtsdatum, Mailadresse, Mobilnummer, Verbandsgebiet auf Kreisebene



- Plattform zum Austausch und Behandlung relevanter Themen der Grünen Branche
- Keine Gremien-Strukturen → geringe Hürden
- DBV-Informationsgruppe als Beispiel & Zugang zur dbk online
- Gründertreffen → Teilnahme beim DBT 25

Langfristig

- Netzwerktreffen 2x im Jahr (in der Praxis & auf der Grünen Woche)
- Angebot von Online-Informationsrunden & Workshops, Digitale Stammtische, Betriebsbesichtigungen mit Vorträgen, Besichtigung von vor- und nachgelagerten Bereichen



Multi-Channel-Kommunikation des DBV

- Pressearbeit
- Social Media: Facebook, LinkedIn, YouTube, Instagram
- Kommunikation WhatsApp



Wer dabei sein will, muss schnell sein – Geschwindigkeit ist alles.